Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 80 (2000)

Heft: 11

Artikel: "Wir müssen uns daran gewöhnen, dass der Staat sich nicht durch Ideologien und Religionen legitimiert" : Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im Gespräch mit Felizitas Gräfin von Schönborn

Autor: Liechtenstein, Hans-Adam von und zu

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166333

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

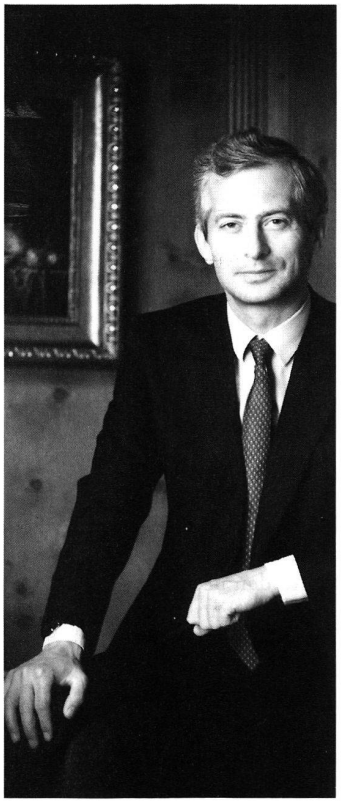
«Wir müssen uns daran gewöhnen, dass der Staat sich nicht durch Ideologien und Religionen legitimiert.»

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im Gespräch mit Felizitas Gräfin von Schönborn

*Seine Durchlaucht, **Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein,** wurde als ältester Sohn Seiner Durchlaucht Fürst Josef II. von und zu Liechtenstein und Ihrer Durchlaucht Fürstin Gina am 14. Februar 1945 geboren. Am Gymnasium Zuoz machte er 1965 die Schweizer Matura und das Deutsche Abitur. Im Herbst 1965 nahm Fürst Hans-Adam an der Hochschule St. Gallen das Studium der Betriebs- und Volkswirtschaft auf, welches er im Jahre 1969 mit dem Lizentiat abschloss. Am 30. Juli 1967 vermählte sich Fürst Hans-Adam mit Gräfin Marie Kinsky von Wchinitz und Tettau. Sie haben vier Kinder: Erbprinz Alois (geb. 11. Juni 1968), Prinz Maximilian (geb. 16. Mai 1969), Prinz Constantin (geb. 15. März 1972) und Prinzessin Tatjana (geb. 10. April 1973). Am 13. November 1989, nach dem Tode seines Vaters, Fürst Franz Josef II., hat Erbprinz Hans-Adam als Fürst Hans-Adam II. die Regentschaft gemäss Verfassung als Staatsoberhaupt übernommen und übt sein Recht an der Staatsgewalt in Gemässheit der Bestimmungen der Verfassung aus (Art. 7 der Verfassung).*

Felizitas Gräfin von Schönborn: Das Haus Liechtenstein gehört zu den wenigen noch regierenden Dynastien, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichen. Wie war es möglich, dass Ihr Fürstenhaus alle Stürme der Geschichte überdauert hat?

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: Dazu haben verschiedene glückliche Umstände beigetragen. Da ist einmal die günstige geographische Lage zwischen dem Habsburger Reich, zu dem auch enge verwandtschaftliche Verbindungen bestanden, und der neutralen Schweiz. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg war das Fürstentum ein armes Land und ohne grosse strategische Bedeutung. Und dann scheinen meine Vorfahren auch gute Diplomaten gewesen zu sein, besonders in der schwierigen Napoleonischen Zeit.



S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein.

Halten Sie es für möglich, dass die Monarchie in Zukunft wieder eine grössere Rolle spielen könnte?

Im Verlaufe der Menschheitsgeschichte hat die Monarchie als Staatsform überwogen. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die lange währende monarchische Epoche von einem republikanischen Zeitalter abgelöst. Wer weiss, vielleicht wird das Pendel der Geschichte einmal wieder zugunsten der Monarchie ausschlagen. In Zukunft wird die Monarchie allerdings nur dann eine wirkliche Chance haben, wenn sie nicht mehr auf dem Gottesgnadentum beruht, sondern auf demokratischen Prinzipien. Das heisst, die Bevölkerung muss das verfassungsmässige Recht erhalten, wenn sie dieses wünscht, um die Monarchie durch Abstimmung auch wieder abschaffen zu können.

Wie beurteilen Sie die Heiligsprechung des letzten russischen Zaren Nikolaus II.?

Das kann man nur aus der Geschichte der Russisch-orthodoxen Kirche verstehen, für die der Zar auch eine religiöse Bedeutung hatte. Heute sollten Kirche und Staat klar getrennt sein. Das schliesst allerdings nicht aus, dass herausragende Monarchen von ihren Kirchen heilig gesprochen werden können.

Sehen Sie sich als Identifikationsfigur Ihres Fürstentums, als eine Gestalt, in der sich das Volk wiedererkennt und die über dem Zeitgeschehen steht?

Monarchen haben den Vorteil, nicht an Wahlperioden und Parteiinteressen gebunden zu sein. Sie können daher langfristig – in Generationen – denken, mehr auf Minderheiten Rücksicht nehmen und sich für das Wohl des ganzen Landes einsetzen. Ohne das Fürstenhaus wäre aus Liechtenstein wahrscheinlich die Republik Oberrheintal geworden. Das wäre für das Land sicher die schlechtere Lösung. Fürst *Franz Josef II.* hat es verstanden, dem Land seine

Unabhängigkeit zu erhalten. Denn es ist in erster Linie dem persönlichen Einsatz meines Vaters zu verdanken, dass Liechtenstein vor dem Anschluss an das Dritte Reich bewahrt wurde.

In Westeuropa ist die Vorstellung weit verbreitet, dass die Monarchie ein Anachronismus sei. In Liechtenstein stossen sie sich vor allem am Recht des Fürsten an Notverordnungen und Gesetzessanktionen, das den international üblichen Strukturen widerspräche. Wird dieses «Demokratiedefizit» durch die neue Verfassung behoben werden?

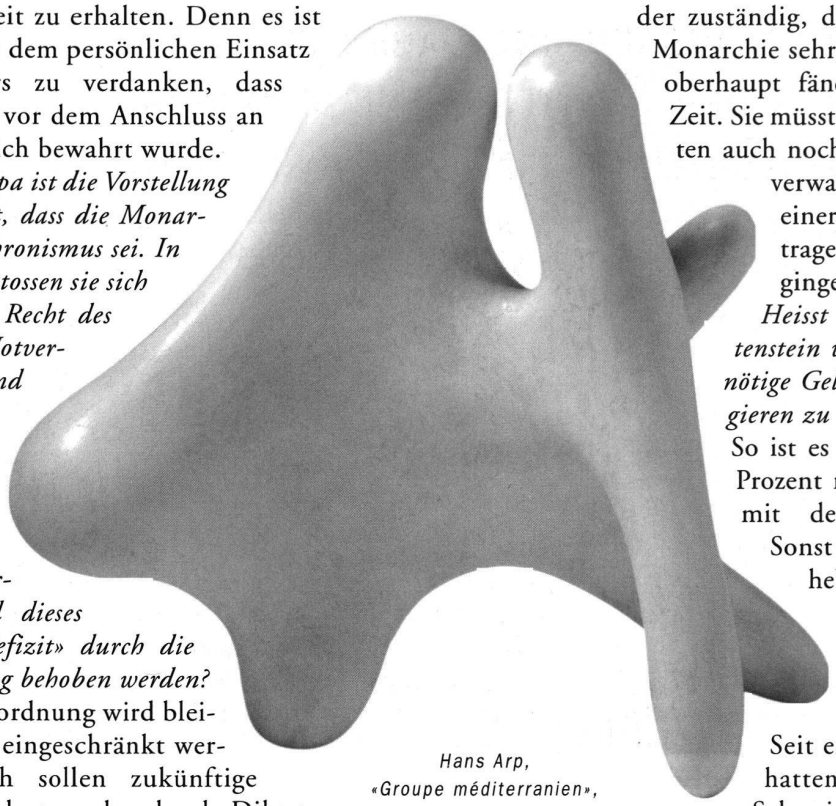
Die Notverordnung wird bleiben, soll aber eingeschränkt werden. Dadurch sollen zukünftige Fürsten gehindert werden, legale Diktaturen zu errichten. Notverordnungen kennen aber auch die meisten anderen europäischen Verfassungen. Am Vetorecht bei Verfassungs- und Gesetzesänderungen wird sich nichts ändern, abgesehen vom neuen Art. 112 der Verfassung, der dem Volk die Möglichkeit gibt, die Monarchie abzuschaffen, ohne das Veto des Fürsten befürchten zu müssen. Hingegen soll das Vetorecht bei Richterernennungen aufgehoben werden. Falls sich Fürst und Parlament nicht einigen können, soll das Volk entscheiden.

Liechtensteins Verfassung ruht auf zwei Souveränen, dem Fürsten und dem Volk. Ist es eine der Aufgaben der Regierung, zwischen diesen beiden Säulen zu vermitteln?

Nein, eine Zwischenschaltung der Regierung würde den guten und engen Kontakt zwischen Volk und Fürst nur beeinträchtigen. Die Regierung ist das Exekutivorgan, gewissermassen ein Management, welches das tägliche Geschäft erledigt. Sie muss sowohl das Vertrauen des Fürsten als auch des Parlamentes gewinnen.

Warum ist in Ihrem Fürstenhaus die weibliche Thronfolge ausgeschlossen?

Die weibliche Thronfolge war bei uns nie möglich und soll auch zukünftig nicht eingeführt werden. Eine Frau ist als Mutter in erster Linie für die Erziehung ihrer Kinder zuständig, das ist besonders in einer Monarchie sehr, sehr wichtig. Als Staatsoberhaupt fände sie dazu kaum mehr Zeit. Sie müsste neben den Staatsgeschäften auch noch das fürstliche Vermögen verwalten, um die Ausgaben einer höchsten Repräsentantin tragen zu können. Dies alles ginge zu Lasten der Familie.



Hans Arp, «Groupe méditerranien», 1941/42, Gips. Photo: Heinz Preute, Vaduz. © ProLitteris. Kunstmuseum Liechtenstein.

Heisst das, der Fürst von Liechtenstein verdient am Vormittag das nötige Geld, um am Nachmittag regieren zu können?

So ist es im wesentlichen. Fünfzig Prozent meiner Zeit verbringe ich mit der Vermögensverwaltung. Sonst könnten wir uns die erheblichen Kosten der Monarchie kaum leisten.

Führt Liechtenstein denn eine eigenständige Aussenpolitik?

Seit einiger Zeit schon. Früher hatten wir uns stark an die Schweiz angelehnt. Auch wenn wir mit ihr weiter eng zusammenarbeiten, sind wir inzwischen besonders durch die wirtschaftliche Entwicklung gezwungen, eine eigene Aussenpolitik zu verfolgen. Um die Souveränität unseres Fürstentums besser absichern zu können, habe ich mich persönlich schon früh für den Beitritt zur Uno eingesetzt. So können wir mit relativ geringem Aufwand mit der ganzen Welt in Verbindung treten. Das hat uns vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet Vorteile gebracht, im Bank- und Finanzbereich, aber auch bei unseren Exporten.

Genügt das EWR-Abkommen den Interessen des Landes oder ist für einen späteren Zeitpunkt ein Beitritt Liechtensteins als Vollmitglied bei der Europäischen Union geplant?

Der EWR ist die beste Lösung. Das ist der Grund, warum ich damals eine innenpolitische Krise in Kauf genommen habe. Unser Land ist für eine Vollmitgliedschaft der EU zu klein. Diese würde eine zu grosse finanzielle und personelle Belastung darstellen. Durch den EWR können wir im Wirtschaftsraum ohne zusätzliche Belastung teilnehmen. Wir haben zwar kein Mitspracherecht in der EU, aber realistisch gesehen, wäre der Einfluss eines Kleinstaates auch im Falle einer Mitgliedschaft sehr gering.

Rembrandt Harmensz Van Rijn (1606-1669), «Amor mit Seifenblase», Leinwand, 74,7 x 92,5 cm. Inv.Nr. G 880. © Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein, Vaduz. Kunstmuseum Liechtenstein.

Sie haben sich in Ihrer Rede im vorarlbergischen Feldkich 1987 mit der Zukunft der kleinen Staaten auseinandergesetzt. Da ist Liechtenstein geradezu ein Modellfall. Welche Rolle werden die Kleinen künftig spielen?

Ich glaube, dass wir gerade als Kleinstaat in der Lage sind, besondere Aufgaben besser als grosse Staaten zu erfüllen. So konzentriert sich Liechtenstein auf die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dafür setzten wir uns verstärkt bei den internationalen Gremien ein.

Seit 1939 hat sich die Zahl der Kleinstaaten vervierfacht, heute sind es schon um die 200 geworden. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Wir werden noch eine weitere Auflösung von grossen Staatsgebilden erleben. Dies ist ein Gegentrend zur Globalisierung. Der Aufbau von grossen Wirtschaftseinheiten über ganze Kontinente hinweg hat zur Folge, dass kleine Staaten wieder konkurrenzfähig werden. Während langer Perioden haben militärische und wirtschaftliche Entwicklungen die Entstehung von grossen Blöcken begünstigt. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts erleben wir eine zunehmende Dezentralisierung, vom Auseinanderbrechen mächtiger Kolonialreiche bis hin zur Auflösung der Sowjetunion. Auch die weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Abbau von Handelsschranken hat geholfen, dass Kleinstaaten wirtschaftlich unabhängiger wurden und als eigenständige Staaten überleben konnten.

«Wir werden noch eine weitere Auflösung von grossen Staatsgebilden erleben. Dies ist ein Gegentrend zur Globalisierung.»

Die kleinen Staaten blühen und gedeihen. Hat damit auch der europäische Nationalstaat eine Zukunft?

Das bezweifle ich. Ich glaube, dass der herkömmliche Nationalstaat, wie er im 19. Jahrhundert geprägt worden ist, von zwei Seiten geschwächt wird. Einerseits ist er zu schwach und muss immer mehr von seiner Souveränität an übergeordnete Organisationen abgeben. Andererseits ist er zu gross, und es setzen sich immer mehr Bürger für die Regionalisierung und Dezentralisierung ein.

Andererseits erleben wir, wie grosse Staaten Druck auf Kleinstaaten ausüben. So haben die USA wiederholt versucht, die Schweiz zu bewegen, das Bankgeheimnis abzuschaffen...

Die Vereinigten Staaten akzeptieren das Bankgeheimnis grundsätzlich, wenn eine gemeinsame Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens gewährleistet wird. Ihre neuen Vorschriften sollen vor allem amerikanische Steuerflüchtlinge daran hindern, ihr Geld via Schweiz oder andere Steueroasen wieder in den USA anzulegen. Der Druck, den die EU in dieser Hinsicht ausübt, ist da wesentlich grösser.

Neuerdings hat die EU verlauten lassen, sie fände die Schritte Liechtensteins zur Bekämpfung von Geldwäsche und schädlichen Steuerpraktiken noch wenig überzeugend. Wie beurteilen Sie diesen Bericht?

Von den Gesetzen her gesehen stehen wir im Vergleich mit anderen Staaten gar nicht so schlecht da. In vielen Bereichen schneiden wir sogar besser ab als die meisten OECD-Staaten. Es geht also in erster Linie um die Umsetzung dieser Richtlinien. Dazu brauchen wir das nötige Personal bei der Polizei, den Gerichten und der Staatsanwaltschaft. Allerdings plant die EU, das Bankgeheimnis dereinst ganz abzuschaffen.

Verwendet die EU die Begriffe Geldwäsche und Steuerharmonisierung nicht häufig im gleichen Kontext?

Ja, denn es geht der EU in erster Linie um die Steuerharmonisierung. Der Kampf gegen Geldwäsche dient als Vorwand, um die Steuerflucht zu bekämpfen und so in der Praxis die Steuerharmonisierung durchzusetzen.

Was halten Sie generell von einer weltweiten Steuerharmonisierung?

Dies ist der Versuch einzelner Staaten, ihr Steuermonopol zu verteidigen. Harmonisierung ist eine euphemistische Umschreibung für ein Steuerkartell. Einerseits hat es sich die EU in die Fahnen geschrieben, Monopole und Kartelle Privater zu bekämpfen. Andererseits will man sich die Steuereinnahmen weltweit mit zum Teil brutalen Mitteln, wie Hausdurchsuchungen und Haftstrafen, sichern. Staaten sollten sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren und sich auch in Steuerfragen dem Wettbewerb aussetzen.

Und wie kann sich Liechtenstein gegen Gelder von Betrügern, der Mafia oder auch korrupten Politikern schützen?

Das ist eine ganz wichtige und zentrale Frage für Liechtenstein, wie für jeden anderen Finanzplatz. Wie geht man da am besten vor? Wir haben schon seit langem strenge Kontrollen eingeführt, ähnlich denen der Schweiz. Es wird überprüft, wem die Gelder gehören, wer der wirtschaftlich Berechtigte ist. Man verlangt nach Dokumentationen und einem Nachweis, woher die Mittel stammen, ob es ehrlich verdiente Gelder sind oder ob es sich um Drogen- oder Mafiagelder handelt.

«Es wäre zu hoffen, dass Europa mit mehr Marktwirtschaft, Liberalisierung und Privatisierung zunehmend konkurrenzfähig wird.»

«Staaten sollten sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren und sich auch in Steuerfragen dem Wettbewerb aussetzen.»

Werfen wir noch einen Blick auf die grosse Welt: Denken Sie, dass sich in den USA eine Trendwende zu mehr Marktwirtschaft und weniger Staat abzeichnet?

Ja, ich glaube, dass sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten eine gewisse Ernüchterung über die Möglichkeiten des Staates zu erkennen ist. Zu Beginn der sechziger Jahre erwartete man noch alles Heil vom Staat. Meiner Meinung nach hat in den USA bereits in den siebziger Jahren eine Trendwende zu mehr Marktwirtschaft und weniger Staat begonnen.

Ist dieser Trend die Voraussetzung, dass Europa sich wirtschaftlich gegenüber den USA und Asien regenerieren kann?

Es wäre zu hoffen, dass Europa mit mehr Marktwirtschaft, Liberalisierung und Privatisierung zunehmend konkurrenzfähig wird. Wobei viele asiatische Staaten marktwirtschaftlich den europäischen Stand noch nicht erreicht haben. Für uns ist entscheidend, dass man weniger qualifizierte Arbeitsplätze, die nach Asien abwandern, durch neue Arbeitsplätze ersetzt. Dies ist für eine gut funktionierende Marktwirtschaft von grosser Bedeutung. Wir dürfen uns vor allem nicht einigeln und auf eine Abwehrstellung zurückziehen, sondern müssen uns öffnen und anpassen. Solange wir unsere Gesellschaft wirtschaftlich offen halten, können wir uns auch gegenüber den Asiaten behaupten. Europa darf nicht erstarren und versuchen, veraltete Strukturen um jeden Preis aufrechtzuerhalten, sei es in der Landwirtschaft oder in der Industrie. Manche Staaten wollen immer noch eine sogenannte Strukturpolitik betreiben, bei der in erster Linie alte Arbeitsplätze erhalten anstatt neue geschaffen werden. Nicht viel besser ist allerdings auch das Schaffen neuer Arbeitsplätze über direkte und indirekte Subventionen des Staates. Zahlen muss dafür jener Teil der Wirtschaft, der noch konkurrenzfähig ist. Dann wundert man sich über Steuerflucht und versucht, diese zu kriminalisieren.

Ihr Vorfahre, Hans-Adam I., wurde der Reiche genannt, Sie selbst sind Hans-Adam II. im reichsten Land Europas. Gibt es in diesem Wohlstandsland auch soziale Probleme, wie Arbeitslose oder Drogensüchtige?

Bei uns halten sich die sozialen Probleme in Grenzen, aber es gibt sie doch. Unsere Arbeitslosigkeit liegt bei etwas

über einem Prozent. Im Vergleich mit anderen Ländern mag das wie ein paradiesischer Zustand erscheinen, für unsere Verhältnisse aber ist das schon viel. Bei den Drogen geht es uns nicht besser als andern, ähnlich ist es bei Aidsfällen oder den Selbstmorden.

Was geschieht mit Flüchtlingen, wie zum Beispiel den Tibetern, die hier leben?

Die Tibeter sind gut integriert. Die Kinder besuchen die Schule, die Erwachsenen gehen einer Arbeit nach. Wir sind in der Lage, bei unseren kleinen Verhältnissen pragmatisch und menschlich Entscheidungen zu treffen. Doch können wir nur eine beschränkte Zahl von Asylsuchenden aufnehmen, sonst würden wir überschwemmt. Daher müssen wir eine ähnliche Politik wie unsere Nachbarstaaten betreiben

Obwohl die apokalyptischen Untergangsstimmungen, die noch zu Beginn des Jahres 2000 herrschten, verflogen zu sein scheinen, erleben wir weiterhin eine Zeitwende und sind Zeugen grosser Veränderungen. Blicken Sie persönlich zuversichtlich in die Zukunft?

Ja, ich bin im Grunde optimistisch. Langfristig hat die Menschheit keine andere Wahl, als die globale Markwirtschaft mit einer sozialen Komponente zu akzeptieren. Wir erleben zurzeit das Verschwinden der Ideologien. Der Sozialismus und der Nationalismus haben versagt. Auch der Nationalstaat wird in seiner heutigen Form nicht weiter bestehen. Nun geht es um neue Formen, die auf dem demokratischen Prinzip und auf der Selbstbestimmung aufbauen. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass der Staat sich nicht durch Ideologien oder Religionen legitimiert. Auch die Aufgabe des Staates muss neu definiert werden. Ich glaube, der Staat muss zu einem Dienstleistungsunternehmen werden, bei dem der Bürger oder die Gemeinde Kunde ist. Ist der Staat nicht mehr konkurrenzfähig, verliert er seine Kunden. Dieser Wandel wird aber erst einsetzen, wenn nicht nur der Bürger das Recht hat, den Staat zu verlassen, sondern auch die einzelne Gemeinde. Dann wird der Staat gezwungen sein, sich auf jene Aufgaben zu beschränken, die er besser lösen kann als die Gemeinde, der Kanton, die Privatwirtschaft oder sonstige Organisationen.

S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im Gespräch mit Felizitas Gräfin von Schönborn

Felizitas Gräfin von Schönborn ist als Journalistin für verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten an der Uno in Genf akkreditiert. Neben anderen Beiträgen hat sie sich auf Hintergrundsgespräche spezialisiert und Interviews mit über sechzig bekannten Persönlichkeiten aus dem Bereich Kultur, Politik und Wirtschaft geführt. Ausserdem ist sie Verfasserin der folgenden Bücher:
Peter Ustinov, «Ich glaube an den Ernst des Lachens», Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2000.
Sind Propheten dieser Kirche ein Ärgernis? Eugen Drewermann im Gespräch, Piper, München 1993.
Eugen Drewermann, Rebell oder Prophet, Ullstein, Berlin 1995.
Margarete Mitscherlich, Zwischen Psychoanalyse und Frauenbewegung, Ein Porträt, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1997.
Dalai Lama, Mitgefühl und Weisheit, Ein grosser Mensch im Gespräch mit Felizitas von Schönborn, Herder Spektrum, Freiburg 1994.
Astrid Lindgren, Das Paradies der Kinder, Herder Spektrum, Freiburg 1997.
«Wegzeichen-Talk im Tak» ist eine Gesprächsreihe mit prominenten Zeitgenossen die im Theater am Kirchplatz in Liechtenstein stattfindet. Liechtenstein eignet sich besonders als Stätte brückenbildender Begegnungen, weil es die Mitte der Achse Wien (700 km) und Paris (699 km) bildet und als einzige überlebende konstitutionelle Erbmonarchie mit demokratischer Grundlage in einmaliger Weise zwischen Tradition und Moderne steht.
Bisherige Gesprächspartner waren Peter Ustinov und Maximilian Schell. Als nächster Gast ist für den 13. Dezember die Bestseller-Autorin Eveline Hasler eingeladen. Sie wird unter anderem ihr neustes Buch «Aline und die Erfahrung der Liebe», Nagel & Kimche, Zürich 2000, vorstellen.

Das heisst, Sie setzen vor allem auf das Subsidiaritätsprinzip?

Das ist ein ganz wichtiges Element. Zusätzlich setze ich auf das Wettbewerbsdenken. Einzelne Gemeinden sollen das Recht auf Selbstbestimmung erhalten und entscheiden können, welchem Staat sie angehören wollen. Das würde Staaten zwingen, ein vernünftiges Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten. Bisher wurde das Entstehen und Vergehen neuer Staaten fast ausschliesslich mit Waffengewalt bestimmt. Nun sind wir gezwungen, nach friedlichen Lösungswegen auf demokratischem Weg zu suchen. Das kann nur unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes gelingen. Vor allem müssen wir lernen, Probleme pragmatisch und nicht ideologisch gefärbt zu sehen. So hat unsere protektionistische Agrar- und Handelspolitik für viele Menschen in der Dritten Welt verheerende Folgen. Da halte ich die freie Marktwirtschaft für sinnvoller. Die Welt kann nur als ein Ganzes, im freien Zusammenspiel aller Kräfte, überleben. ✦

«Vor allem müssen wir lernen, Probleme pragmatisch und nicht ideologisch gefärbt zu sehen.»